

Fact-Sheet

Marnheim / Berlin — 14. Oktober 2025

Kurzüberblick

Die *Stiftung für Gerechtigkeit*, **Manfred Klag** und der Publizist **Thomas Meuter** machen systematische Verfahrensmängel in Landesverrats- und Geheimnisverratsverfahren öffentlich. Die eingereichten Recherchen legen nahe, dass durch nachträgliche Geheimstufungen, unzureichende Sicherheitsüberprüfungen und Verfahrenspraktiken Verteidigungsrechte massiv eingeschränkt werden. Strafanzeigen wurden bereits eingereicht.

Kernpunkte (auf einen Blick)

- **Problem:** Die wiederholte, nachträgliche Einstufung von Informationen als „GEHEIM“ ist eine Fälschung, um die Verteidigungsrechte einzuschränken.
 - **Sicherheitsüberprüfungen:** Hinweise, dass gesetzlich vorgesehene Ü2-Prüfungen bei beteiligten Justizpersonen nicht durchgeführt wurden.
 - **Keine gesetzlichen Richter** wegen fehlender, gesetzlicher Sicherheitsüberprüfung.
 - **Keine geheime Verhandlungen**, nur nicht-öffentliche.
 - **Verfahrenspraxis:** Einsatz von Maßnahmen (z. B. eingeschränkte Einsichtsrechte, Isolationsmaßnahmen), die Verteidigung und faire Prozessführung behindern können.
 - **Betroffene:** Konkrete Fälle (u. a. Verfahren in Berlin) sowie Parallelen in anderen Verfahren legen ein systemisches Problem nahe.
 - **Beweislage:** Auszüge, Rechenschaftsvermerke, Korrespondenz und rechtlicher Einordnung liegt vor.
-

Konkrete Vorwürfe

- Nachträgliche, rechtswidrige Geheimeinstufungen, die Verfahrensunterlagen unzugänglich machen.
- Nutzung veralteter oder falscher Rechtsmeinungen zur Rechtfertigung von Geheimschutzmaßnahmen.

- Fehlende oder mangelhafte Sicherheitsüberprüfungen bei justiziellen Entscheidungsträgern.
 - Einschüchterungs- und Isolationspraktiken gegenüber Beschuldigten und Angehörigen.
-

Forderungen

1. **Nachweis des gesetzlichen Richters** gemäss Artikel 101(1) Satz 2.
 2. **Unabhängige parlamentarische Untersuchung** aller Praxisabläufe in Landesverratsverfahren.
 3. **Sofortige Transparenzmaßnahmen** dort, wo rechtlich zulässig (Zugang zu Verfahrensakten für Verteidigung und Kontrolle).
 4. **Prüfung und Sicherstellung** ordnungsgemäßer Sicherheitsüberprüfungen (Ü2) bei Verfahrensbeteiligten.
 5. **Anpassung von Dienst- und Verfahrensweisen**, damit nachträgliche Einstufungen nicht die Verteidigungsrechte aushebeln.
-

Bereits ergriffene Schritte

- Veröffentlichung der Fälle (<https://natospion.de>, Buch (Meuter): "Für die Freiheit kämpfen - unschuldig angeklagt und verurteilt").
 - Einreichung von Strafanzeigen gegen zuständige Stellen/Personen (Stand: Einreichung erfolgt).
 - Öffentlichkeitsarbeit via Stiftung und betroffene Einzelpersonen, um politische und rechtliche Aufarbeitung anzustoßen.
-

Warum das relevant ist

- Landesverrats-/Geheimnisvorwürfe berühren elementare rechtsstaatliche Garantien (Staatssicherheit, Verteidigung, Fairness, Kontrollmechanismen).
- Landesverratsverfahren werden an der Geheimschutzgesetzgebung vorbei, mit veralteten Kommentaren durchgeführt und begründet,

- Fehlende Transparenz und unklare Geheimschutzpraxis führen zu Gefährdung der Staatssicherheit, von Fehlurteilen, Systemfehlern und Vertrauensverlust in die Justiz.
- Die Auswirkungen betreffen nicht nur Einzelfälle, sondern haben potenziell präzedenzbildende Wirkung für künftige Verfahren.

Kontakt für Medien und Rückfragen

Manfred Klag - Stiftung für Gerechtigkeit

E-Mail: manfred.klag@gmx.de

Tel.: 0157-52121803

Anschrift: Im Spettel 25, 67297 Marnheim

Thomas Meuter

- M.M.Meuter@GMX.de
- **Tel: 0171-5485082**
(für Interviews und Hintergrundgespräche)

(Interview- und Hintergrundanfragen über die Stiftung oder auf direkte Anfrage)